

Sozialversicherungsorganes trotzdem, dass dieser die Elemente des Vergütungsrechtes beinhaltet, doch nicht diesem Zweck dient, sondern durch seinen spezifischen Präventionscharakter berufen ist das Leben und Gesundheit der Werktätigen zu schützen.

Prof. Dr. Karel Witz, /Prag/

I.

Das Arbeitsgesetzbuch der CSSR hat die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit als eine besondere Art der materiellen Verantwortlichkeit des Betriebes für den dem Werktätigen zugefügten Schaden in dem Kapitel, das dem Schadenersatz gewidmet ist, und im Rahmen des Abteiles über die materielle Verantwortlichkeit des Betriebes eingegliedert. Dieser Abschnitt der materiellen Verantwortlichkeit des Betriebes für den entstandenen Schaden ist der am meisten ausgefüllte Abschnitt der materiellen Verantwortlichkeit des Betriebes. Da konnte sich der Gesetzgeber auf die Erfahrungen mit den vorhergehenden Regelungen stützen. Es war das Gesetz No 58/1956 Slg. über den Schadenersatz für Arbeitsunfälle und über den Ersatz von Spesen der Heilfürsorge und der Leistungen der Krankenversicherung und der Rentenversorgung und das Gesetz No 150/1961 Slg. über die Ersatzleistungen bei Unfällen und Berufskrankheiten.

Das Arbeitsgesetzbuch regelt in 11 Paragraphen, die der Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit gewidmet sind, folgende Fragen: der Subjekt der Verantwortlichkeit, die Voraussetzungen der Verantwortlichkeit und die Fälle der Liberation des Betriebes von der Verantwortlichkeit, die Art und Ausmass des Schadenersatzes und die Regressansprüche des Betriebes dritten Perso-

nen, die den Schaden verschuldet haben, gegenüber. Auf diese Art sind fast alle Fragen, die bei der Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden, der bei den angeführten Umständen entstanden ist, direkt in der Rechtsvorschrift gelöst. Das dient der Rechtssicherheit und wirkt erzieherisch auf die Leitungen der Betriebe und der Betriebskollektive zur Sicherung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Die Fragen, bei welchen man längere Zeit abwarten muss, bis sich die Rechtsprechung einigt, sind ganz selten. Ausserdem wirkt die Rechtsprechung der Gerichte nicht in so breiten Kreisen, wie eine gesetzliche Bestimmung.

II.

In dem Arbeitsgesetzbuch der CSSR ist neben Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden, der durch einen Arbeitsunfall oder Berufskrankheit verursacht wurde, auch die Verantwortlichkeit des Betriebes für die Verursachung des Schaden, der dem Werktätigen bei der Erfüllung der Arbeitsaufgaben oder in dem direkten Zusammenhang damit durch eine Pflichtverletzung zugefügt wurde. Dies ist eine gewisse allgemeine Verantwortlichkeit des Betriebes für die Verursachung eines Schadens dem Werktätigen. Diese Verantwortlichkeit ist im Arbeitsgesetzbuch nicht als eine allgemeine Verantwortlichkeit benannt. Eine ähnliche rechtliche Situation ist im Arbeitsgesetzbuch der DDR und nahe ist auch die Regelung im Arbeitsrecht der Ungarischen Volksrepublik. Die Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit ist gemäss dem Prinzip der Verantwortlichkeit für das Schadensereignis /objektive Verantwortlichkeit/ geregelt und die Arten der Entschädigungen und teilweise auch ihr Ausmass sind taxative in Gesetz festgesetzt. Demgegenüber die Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden, der dem Werktätigen bei Erfüllung der Arbeitsaufgaben oder im direkten Zusammenhang damit zugefügt wurde, ist gemäss dem Prinzip der Verantwortlichkeit für die widerrechtliche Handlung des Betriebes oder einer dritten Person /subjektive Ver-

antwortlichkeit/ geregelt. Der Inhalt dieser Verantwortlichkeit ist der Ersatz des sämtlichen Schadens. Das Verhältnis zwischen diesen zwei Arten der Verantwortlichkeit des Betriebes ist im Arbeitsgesetzbuch so gelöst, dass die Verantwortlichkeit des Betriebes für der Schaden bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit eine ausschliessliche Regelung ist. D.h., dass auf einen Schaden, der unter solchen Umständen entstehen ist, die Regelung der Verantwortlichkeit für den Schaden, der bei der Erfüllung der Arbeitsaufgaben oder im direkten Zusammenhang damit durch Pflichtverletzung unter keinen Umständen benutzt werden kann. Die Folge dessen ist die rechtliche Situation, dass z.B. bei der Gesundheitsschädigung durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit nicht der Ersatz des Schadens, der dem Werk tätigen im kausalen Zusammenhang mit der erwähnten Gesundheitsschädigung entstanden ist, aber in der Aufzählung in der zuständigen Bestimmung /§ 193 des AGB/ enthalten ist, nicht eingeräumt werden kann, auch wenn die Voraussetzung der Verantwortlichkeit des Betriebes für die Verursachung des Schadens bei Erfüllung der Arbeitsaufgaben oder im direkten Zusammenhang gegeben wären.

Diese Lösung ist nicht geeignet. Sie ist sogar im Widerspruch mit der Konzeption der speziellen Gesetz, die die Verantwortlichkeit für den Schaden bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit vor dem Arbeitsgesetzbuch regelten und die die Benützung der allgemeinen Bestimmungen über Schadenersatz in dem Bürgerlichen Gesetzbuch voraussetzen. Der Sinn der taxativen Aufzählung der Arten der Schäden, die bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit ersetzt werden, war öffentlich folgender: Die Regelung der Verantwortlichkeit, die sehr hart dem Betrieb gegenüber und sehr günstig für den Werk tätigen und seine Hinterbliebene ist, sollte auf Schäden, die am meisten die Interessen des Werk tätigen und der Hinterbliebenen berühren, und die wichtigsten vom Standpunkt der Wiedergutmachung der Folgen der Gesundheitsschädigung des Werk tätigen, bezw. seines Todes sind, beschränkt werden. Es ist aber



nicht zweckmässig dem Werkträgigen die Wiedergutmachung zweiterer Schäden, die im kausalen Zusammenhang mit dem Arbeitsunfall oder Berufskrankheit entstanden sind, vorzuenthalten, falls Voraussetzung für die allgemeine Verantwortlichkeit des Betriebes für den verursachten Schaden gegeben sind.

Die Gerichtspraxis reagierte auf die kuriose Rechts-situation so, dass sie den Begriff "Sachschaden", der zwischen den aufgezählten Arten der Schäden, die im Rahmen der Entschädigung der Arbeitsunfälle und der Berufskrankheiten ersetzt werden, sehr extensiv interpretiert. Sie interpretiert ihn im Sinne des weiteren Schadens, auf der Seite des Werkträgigen, der nicht unter einen der anderen Schäden, die im § 193 des AGB aufgezählt sind, eingereiht werden kann, insofern er im kausalen Zusammenhang mit dem Arbeitsunfall oder Berufskrankheit ist. /Siehe "Die Bewertung des Entscheidens der Gerichte der CSR über die Entschädigung der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten durch das Zivilrechtliche Kollegium des Obersten Gerichtes der CSR", die in der Sammlung der gerichtlichen Entscheidungen und Stellungnahmen Jahrg. 1976 Zivilrechtliche Angelegenheiten No 11./ Solche Interpretation ist kaum im Einklang mit der Intention des Gesetzgebers.

III.

Das Arbeitsgesetzbuch regelt die Festsetzung des Schadenersatzes, welchen der Betrieb bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit zuleisten hat, falls er für des Entstehen des Schadens verantwortlich ist, auf die Weise, dass er die Arten der Schäden, die ersetzt werden erschöpfend aufzählt. Er tut es getrennt für den betroffenen Werkträgigen und für die Hinterbliebenen, bzw. weitere Personen. Eine ähnliche Art der Festsetzung des Schadenersatzes finden wir im Arbeitsgesetzbuch der DDR und der Mongolischen Volksrepublik, in dem Gesetz der Polnischen Volksrepublik über die Leistungen die auf Grund der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten geleistet werden vom 12.6.1975 und in der Durchführungsvorschrift in der sowjetischen Regelung.

Die Motivation dieser Lösung wurde im vorigen Kapitel angeführt. Diese Art der Regelung ist sicherlich auch eine gute Belehrung für die Werktätigen und die Hinterbliebenen über die Entschädigungen, die sie beanspruchen können.

Die taxative Aufzählung der Schäden die ersetzt werden hat aber gleichzeitig einen wesentlichen Nachteil. Bei der Applikation der materiellen Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zeigt sich, dass weitere Schäden entstehen deren Ersatz nach den selben Prinzipien, wie bei den aufgezählten Schäden, behandelt zuwerden verdienen möchte. Das zwingt den Gesetzgeber zur Ergänzung der Aufzählung und zu heufiger Novellierung der Regelung, was im Widerspruch mit der Forderung zur Stabilität der Gesetze steht. So hat man im ursprünglichen Wortlaut des Arbeitsgesetzbuches bei der Aufzählung der Schäden, die im Rahmen der Entschädigung dem betroffenen Werktätigen ersetzt werden, auf den Verlust an der Rente aus der sozialen Sicherung gedacht. Auf dem Gebiete der Entschädigungen, die bei dem Tode des Werktätigen zugesprochen werden, trat zu Tage eine Lücke im Gesetz betreffend den Sachschadens in Fällen, wenn der Werktätige den Arbeitsunfall nicht überlebt und sein Anspruch auf Ersatz nicht ein Teil der Erbschaft wird. Aus diesen Gründen musste die Aufzählung der Ersatzansprüche sowohl des Werktätigen, als auch der Hinterbliebenen bei der Novellierung des Arbeitsgesetzbuches im Jahre 1975 ergänzt werden.

IV.

Die gesellschaftlich wichtigsten Arten der Entschädigungen, die im Rahmen der materiellen Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden, der durch Arbeitsunfall und Berufskrankheit entstanden ist, geleistet werden, ist der Ersatz für den Verdienstausschlag nach Beendigung der Arbeitsunfähigkeit und der Ersatz der Unkosten für den Lebensunterhalt der Hinterbliebenen. Gemäss dem Arbeitsgesetzbuch wird dem Werktätigen der Ersatz des Verdienstausschlages in der Höhe der

Differenz zwischen seinem Verdienst nach dem Arbeitsunfall oder nach der Feststellung der Berufskrankheit bei Hinzurechnung der allfälligen Invaliden- oder Invalidenteilrente, die aus dem selben Grunde gewährt wird, und seinem Durchschnittsverdienst vor dem Entstehen des Schadens, d.h. in der Regel vor dem Arbeitsunfall oder vor der Feststellung der Berufskrankheit, geleistet. Der Ersatz der Unkosten für den Unterhalt der Hinterbliebenen wird in der Höhe der Differenz zwischen Unkosten für den Unterhalt, die der verstorbene Werk tätige dem Hinterbliebenen gewährte oder gemäss seinem Durchschnittsverdienst zugewähren verpflichtet war und den Leistungen der Renten für -sorge, die aus dem selben Grund geleistet werden, d.i. der Witwenrente und Waisenrente. Diesen Entschädigungen werden auf Antrag des beschädigten Subjekts von den Gerichten in die Zukunft in der Form einer Rente zuerkannt mit Ausnahme der Fälle, wenn der Verdienst des beschädigten Werk tätigen nach dem Arbeitsunfall oder nach der Feststellung der Berufskrankheit veränderlich ist. Bei der Applikation der Bestimmungen über diese Entschädigungen, insbesondere über den Ersatz des Verdienstauffalles entstehen wesentliche Probleme.

1. Wenn sich die Verhältnisse des Geschädigten, die für die Festsetzung des Umfanges des Schadenersatzes entscheidend waren, bedeutend ändern, z.B. dauernde Erhöhung des Verdienstes des beschädigten Werk tätigen nach dem Arbeitsunfall oder nach der Feststellung der Berufskrankheit oder Zuerkennung der Invalidenrente statt Invalidenteilrente oder umgekehrt, kann der Beschädigte oder der Betrieb eine Aenderung in der Feststellung seiner Rechte, gegebenenfalls seiner Pflichten geltend machen.

Hie und da kommt es zu Aenderungen in der Lohnregelung für den Betrieb, wo der Werk tätige vor dem Arbeitsunfall oder Feststellung der Berufskrankheit beschäftigt war. Dabei wird die Arbeit, die der Werk tätige vor dem Entstehen des Schadens verrichtete, in eine höhere Tarifstufe eingegliedert oder es wird bei ihrer Verrichtung ein Zuschlag eingeräumt und ähnlich.

Der Werktätige fühlt sich beschädigt in dem, dass sein Durchschnittsverdienst, des für die Ausrechnung des Schadenersatzes massgebend war, zur Zeit der Geltung der alten Lohnregelung ausgerechnet wurde. Die oben erwähnte clausula rebus sic stantibus konnte auf diese Fälle nicht appliziert werden.

Oder im Laufe des Aufbaues des Sozialismus und des entwickelten sozialistischen Gesellschaft kommt es zu einem geplanten Anstieg der Löhne /und auch zu einer Entwicklung in dem Niveau der Kleinhandepreise/. So war in der CSSR der Durchschnittslohn der Werktätigen / mit Ausnahme der Arbeitenden in den LPG / in dem Jahr 1955 1.186 Kcs, in dem Jahr 1960 1.349 Kcs, in dem Jahr 1965 1.463 Kcs, in dem Jahr 1970 1.937 Kcs und in dem Jahr 1974. 2.232 Kcs. Wenn eine längere Zeit seit dem Entstehen des Schadens verstreicht, entwertet sich der Ersatz für den Verdienstausschlag des Werktätigen und der Ersatz der Unkosten für den Lebensunterhalt des Hinterbliebenen. Die betroffenen Werktätigen und Hinterbliebenen fühlen sich beschädigt, denn der festgesetzte Ersatz deckt mit Rücksicht auf die Entwicklung der Löhne und der Preise nicht vollständig den Verdienstausschlag und die Unkosten für den Lebensunterhalt. Insbesondere das Problem der Valorisation der Entschädigung des Verdienstausschlages wurde akut. So wurde die Regierung der CSSR in der Novelle des Arbeitsgesetzbuches 1975 ermächtigt, dass sie mit Rücksicht auf die Veränderungen, die in der Entwicklung des Lohnniveaus entstanden sind, die Bedingungen, den Ausmass und die Art des Ersatzes für den Verdienstausschlag, der dem Werktätigen nach der Beendigung der durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit verursachten Arbeitsfähigkeit entstandenen ist,regelt. Bei der Vorbereitung der Novelle des Arbeitsgesetzbuches wurde solche Art der Valorisation des Ersatzes des Verdienstausschlages abgelehnt, bei welcher die Entwicklung des Lohnniveaus bei jedem einzelnen beschädigten Werktätigen untersucht würde. Der Grund war die Schwierigkeit der Feststellung des Lohnanstieges für einen konkreten Betrieb und Beruf und die Möglichkeit einer grossen

Anzahl von Arbeitstreitigkeiten, was letzten Endes zu einer ausserordentlichen Belastung der Gerichte führen würde. Es wird vorausgesetzt, dass die Regierung mittels eines bestimmten Prozentsatzes den Abstieg des Ersatzes des Verdienstausfalles allgemein für jedes Jahr festsetzen wird. Die Verordnung der Regierung zur Durchführung dieser Ermächtigung ist zwar vorbereitet, wurde aber von der Regierung noch nicht genehmigt.

2. Auf das Ausmass des Ersatzes des Verdienstausfalles und des Ersatzes der Unkosten für den Lebensunterhalt der Hinterbliebenen, der in der Form einer Rente geleistet wird, spielt eine wichtige Rolle die Höhe der Rente, die im Rahmen der Rentenfürsorge im Falle der Invalidität, Verwundung und des Verlustes des Ernährers eines Waisen geleistet wird. In der Höhe der letztgenannten Renten kam es im Laufe der Zeit zu Veränderungen in Folge von Herausgabe von Rechtsvorschriften. So durch das Gesetz No 161/1968 Slg. kam es einerseits zu der Einführung einer Zulage zu allen Renten, andererseits zur Erhöhung von Alters-, Invaliditäts- und Witwenrenten der Widerstandsteilnehmer aus dem I. und II. Weltkrieg und der Witwen- und Waisenrenten der Witwen und Waisen nach Widerstandsteilnehmern. In der neuen einheitlichen Regelung der Rentenfürsorge durch das Gesetz über soziale Sicherung No 121/1975 Slg. wurde bei allen Renten, die vor dem 1. Januar 1976 /also gemäss früheren Vorschriften/ zugesprochen wurden, eine gestaffelte Erhöhung festgesetzt. Im Zusammenhang mit diesen Massnahmen entstanden die Frage, ob die Zuerkennung der obenangeführten besonderen Zulage und der obenangeführten Rentenerhöhungen als eine bedeutende Veränderung der Verhältnisse des Beschädigten betrachtet werden soll, welche den Anspruch des Betriebes auf eine Herabsetzung des Ersatzes des Verdienstausfalles nach Beendigung der Arbeitsunfähigkeit, bzw. des Ersatzes der Unkosten für den Lebensunterhalt des Hinterbliebenen begründen könnte. Was die besondere Zulage zu den Renten aus der Rentenfürsorge betrifft, vertritt die Gerichts-

praxis die Meinung, dass diese Zulage kein Bestandteil der Invaliditätsrente ist und dass sie bei der Einreichung der Rente in das Einkommen des Werkstätigen nach dem Arbeitsunfall oder nach der Feststellung der Berufskrankheit nicht berücksichtigt werden darf. Was die Erhöhung der Renten der Widerstandsteilnehmer betrifft, wurde von der Gerichtsjudikatur die Stellungnahme eingekommen, dass bei der Zurechnung der Invaliditätsrente und der Teilinvaliditätsrente zu dem Verdienst nach dem Arbeitsunfall oder nach der Feststellung der Berufskrankheit dieser Bestandteil der Rente, der die von dem Renter geleisteten Verdienste um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik durch die Gesellschaft ausdrückt, nicht berücksichtigt werden soll. Betreffend der Erhöhung der Renten gemäss Gesetz über soziale Sicherung No 121/1975 Slg. wurde noch nicht ein einheitlicher Standpunkt der Gerichtspraxis veröffentlicht. Das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten hat jedoch empfohlen, dass diese Erhöhung der Renten keinen Einfluss auf den Ersatz des Verdienstaufalles haben soll. Dabei entsteht aber eine Disproportion zwischen den Empfängern der Renten auf die der Anspruch bis 31.12.1975. / entstand und den Empfängern der Renten auf die der Anspruch nach diesem Datum entstand.

3. Noch ein weiteres Problem betreffend des Ersatzes des Verdienstaufalles nach Bedingung der Arbeitsfähigkeit möchte ich erwähnen. Es handelt sich um die Dauer der Leistung dieses Ersatzes. Der Anspruch auf diesen Ersatz erlischt zweifellos mit dem Tode des Werkstätigen. Es entsteht die Frage ob das Erreichen des Alters, bei dem der Anspruch auf die Altersrente entsteht, oder eines anderen höheren Alters durch den betroffenen Werkstätigen einen Einfluss auf den Anspruch auf diesen Schadenersatz haben soll. Das Arbeitsgesetzbuch begrenzt den Zeitraum der Leistung des Verdienstaufalles nach Beendigung der Arbeitsfähigkeit nicht. In der Praxis hat sich der Standpunkt behauptet, dass der Ersatz dieses Verdienstaufalles nicht durch das Alter des Beschä-

digten beschränkt ist. Der Betrieb kann aber jederzeit gemäss der Bestimmung über *clausula rebus sic stantibus* eine neue Festsetzung seiner Pflichten beantragen und zwar insbesondere auf Grund eines medizinischen Gutachtens. In der Praxis nützen die Betriebe die Möglichkeit der Geltendmachung der *clausula rebus sic stantibus* zur Beschränkung der Dauer der Auszahlung des Ersatzes des Verdienstunfalles nicht aus. Einerseits schrecken sie vor dem schwierigen Streit über die fiktive Arbeitsfähigkeit des beschädigten Werkstätigen, ein Streit der oft unsozial erscheinen mag, zurück, andererseits ist für sie die Fortzahlung des Ersatzes nicht besondere belastend.

Es ist zwar richtig, dass in der CSSR eine grosse Zahl der Werkstätigen nach dem Erreichen des Alters, bei welchem laut Gesetz der Anspruch auf die Altersrente entsteht, die Arbeitstätigkeit fortsetzen und zwar entweder in dem bisherigen Arbeitsverhältnis ohne den Anspruch auf die Altersrente geltendzumachen oder in einem zeitlich begrenzten Arbeitsverhältnis der arbeitenden Altersrentner. Laut der Volkszählung in der CSSR zum 1.12.1970 war von der Gesamtzahl der Männer der Anteil der Männer über 59 Jahre /bei Männern ist Altersgrenze für die Altersrente 60 Jahre/ 15 %, aber ökonomisch tätig / auf den Verdienst angewiesen war nur 5.8 %. Die Gesamtzahl der Frauen älter als 54 Jahre /bei Frauen ist die Altergrenze für die Altersrente bei 2 erzogenen Kindern 55 Jahre/ 25 %, aber ökonomisch tätig waren nur 9%.

Auf der anderen Seite wird richtig darauf hingewiesen, dass gesunde /nichtinvaliden/ Werkstätige, insbesondere Arbeiter, nach dem Erreichen des Rentenalters gewöhnlich die bisherige Beschäftigung verlassen oder wenigstens eine leichtere /gleichzeitig aber weniger bezahlte/ Arbeit wählen. Ein grosser Teil dieser älteren Werkstätigen macht den Anspruch auf die Altersrente geltend und arbeitet im befristeten Arbeitsverhältnis bis zu 180 Tage im Jahr oder in anderen Formen der Arbeitstätigkeit. Bei einer speziellen Untersuchung,

die von dem Federalen statistischen Amt der CSSR im Jahre 1975 durchgeführt wurde, wurde festgestellt, dass bei Altersrentnern, die jünger sind als 63 Jahre, der Anteil der arbeitenden Rentner 40 % und bei Altersrentnern, die älter sind als 63 Jahre 29% beträgt. Betreffend Frauen - bei den Altersrentnerinnen, die jünger als 60 Jahre sind, war der Anteil des arbeitenden Rentnerinnen 36 % und bei Altersrentnerinnen über 60 Jahre war dieser Anteil nur 20 %. In allen diesen Fällen ist gewöhnlich der Verdienst niedriger, als im Produktionsalter bezogen wurde und ausser dem arbeiten sie als arbeitende Altersrentner nicht alle Monate im Jahr. Nach dem 70. Lebensjahr /die Frauen im früheren Alter/ gibt die Mehrzahl der nichtinvaliden Rentner die regelmässige Arbeitstätigkeit im Arbeitsverhältnis oder im Verhältnis zu der LPG auf.

Daraus folgt, dass bei den beschädigten Werkträgern, die das Alter für den Anspruch auf die Altersrente erreicht haben, der Ersatz für den Verdienstausschlag nach der Beendigung der Arbeitsunfähigkeit - mit gewissen Ausnahmen - nicht mehr die Funktion der Entschädigung des entstandenen Schadens erfüllt, sondern im grösseren oder kleineren Teil ein sozialer Beitrag zur Rente aus dem Rentenfürsorgen ist. Aber die Durchführung des Beweises, dass der Werkträger die Arbeit, die er zur Zeit des Arbeitsunfalles oder der Feststellung der Berufskrankheit verrichtet hat, nicht ausüben könnte, auch wenn er die Gesundheitsschädigung durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit nicht erlitten hätte, ist - mit Ausnahme einiger ausserordentlich anstrengenden Arbeiten - ziemlich schwierig. Die betriebliche Praxis und die Gerichtspraxis war bis jetzt ausserstande dieses Problem zufriedenstellend zu lösen.

V.

Zu Schluss kann konstatiert werden, dass die Gesamtkonzeption und die Prinzipien der gültigen Regelung der Verantwortlichkeit des Betriebes für den Schaden bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten in der CSSR sich bewährt hat. Eine

wichtige Rolle spielen auch die Betriebsausschüsse der Grundorganisationen der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung die methodisch geführt von der höheren Gewerkschaftsorganen dafür sorgen, dass zur Absprechung des Rechts auf die Entschädigung dem Werktätigen, bzw. den Hinterbliebenen nach dem verschiedenen Werktätigen gegenüber nicht kommt. Es sind da Probleme in Detailfragen, die aber durch die Gerichtspraxis oder durch die Legislative gelöst werden müssen.

Doz. Dr. Robert Heuse Universität, Leipzig

Das Anliegen meines Diskussionsbeitragen besteht in der Darlegung rechtlicher Aspekte der Schadenersatzregelung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie der Gestaltung eines erweiterten Versicherungsschutzes bei Unfälle in Ausübung gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Tätigkeiten.

I.

In der Deutschen Demokratischen Republik wird die Verwirklichung der Rechtsnormen zum Schutze der Rechte der Werktätigen bei Unfällen in Ausübung gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit in kontinuierlicher Weise vollzogen. Nach den geltenden arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen erhält der Werktätige bei einem Arbeitsunfall und bei einer Berufskrankheit neben dem von der Sozialversicherung gezahlten Krankengeld einen Lohnausgleich bis zu 90 % des Netto-durchschnittsverdienstes bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder bis zur Festsetzung einer Unfallrente. Daneben lassen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen über die materielle Verantwortlichkeit des Betriebes einen Schadensersatzanspruch des Werktätigen gegenüber dem Betrieb unter bestimmten Voraussetzungen zu. Diese Voraussetzungen bestehen im wesentlichen im Vorliegen von Pflichtverletzungen des Be-